

Sofortinformation über die digitale Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 4. und 5. März 2023

Der Bundesausschuss kam am 4. und 5. März 2023 zu einer digitalen Beratung zusammen. Nach der Konstituierung wurde die Beratung mit den Berichten aus den Parteistrukturen fortgeführt. Aus dem geschäftsführenden Parteivorstand informierte Parteivorsitzender Martin Schirdewan. Aktuelle Themen im Parteivorstand sind und waren die Auseinandersetzung in der Koalition in Bezug auf die Kindergrundsicherung, die aktuellen Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst und der Jahrestag des Überfalls Russlands auf die Ukraine.

Stellvertretender Vorsitzenden Ates Gürpınar berichtete von ersten Beratungen des Kampagnenrates. Erster großer Schwerpunkt war hierbei die geplante Kampagne zum 1. Mai 2023.

Für den Jugendverband berichtete Charlotte Roffalski, sie gab Ausblick auf die Arbeitsvorhaben in den kommenden Wochen und Monaten. Unter anderem plant der Jugendverband eine Winter- und Sommerakademie, sowie das Bundesjugendplenum und eine Ausbildungskampagne, welche am 1. Mai 2023 in Berlin ihren Auftakt hat.

Gemeinsam sprachen Bundesgeschäftsführer Tobias Bank, Parteivorsitzender Martin Schirdewan und Martha Kleedörfer zur Auswertung der Abgeordnetenhauswahl in Berlin. In Berlin wird es einen Sonderparteitag zur Auswertung der Wahlergebnisse geben. Insgesamt hat DIE LINKE einen starken und guten Wahlkampf hingelegt, dennoch haben wir Verluste zu verzeichnen, die die Berliner LINKE vor strukturelle Fragen stellen.

Die Berichte des Präsidiums des Bundesausschusses und des Ältestenrates lagen schriftlich vor.

Schwerpunktthema am ersten Beratungstag waren die eingereichten Vorlagen rund um das Thema Frieden. Im Rahmen einer begrenzten Debatte verständigten sich die Mitglieder zum Thema. Im Anschluss wurden die Beschlüsse »Zusammen für Frieden und Abrüstung« und »Eine starke Friedensbewegung für zivile Alternativen zu Aufrüstung, Eskalation und Militarisierung« getroffen. Die Zusammenarbeit zwischen unserer Partei DIE LINKE und der Friedensbewegung soll ausgebaut werden. Gemeinsam wollen wir gegen Militarisierung und Hochrüstung wirken. Auch der Aufruf zu diesjährigen Ostermärschen wurde unter diesem Tagesordnungspunkt beschlossen.

Im weiteren Verlauf beschäftigte sich der Bundesausschuss mit den Themen Parteistrukturenreform und programmatische Weiterentwicklung der Partei. Barbara Borchardt, die als Vertreterin des Bundesausschusses in der Strukturreformkommission mitwirkt, berichtete von einer ersten Beratung dieser Arbeitsgruppe. Hier wurde über erste inhaltliche Schwerpunkte diskutiert und über die Zielsetzung der Arbeit gesprochen. Über Prozesse zur programmatischen Weiterentwicklung sprach Bundesgeschäftsführer Tobias Bank. Drei Strukturprozesse werden in Zukunft parallel laufen. Zum einen die Arbeit in der Strukturreformkommission, zum anderen die inhaltliche programmatische Weiterentwicklung und die Umsetzungen des Parteitagsbeschlusses P.13 für eine feministische LINKE. Die verschiedenen Arbeitsgruppen der Partei, wie etwa die Internationale Kommission, die Arbeitsgruppe zum Bedingungslosen Grundeinkommen und weitere werden an der programmatischen Weiterentwicklung beteiligt.

Letzter Tagesordnungspunkt des ersten Beratungstages war die Vorbereitung der Europawahl 2024. Aus der Gruppe im Europaparlament berichteten MdEP Cornelia Ernst und Martin Schirdewan. Hauptthemen ihres Berichtes waren der Korruptionsskandal im Europäischen Parlament und die Einbringung der Delegation in die Erarbeitung des Wahlprogramms.

Für die europäische Linke nahm Claudia Haydt an der digitalen Beratung des Bundesausschusses teil. Auch in der europäischen Linken wird das Hauptaugenmerk auf die Erarbeitung des Wahlprogramm gelegt. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden insgesamt acht Themenschwerpunkte behandelt und für das Wahlprogramm vorbereitet. Vom vergangenen Kongress der Europäischen Linken berichtete Marika Tändler-Walenta. Der Kongress wurde bei 150 anwesenden Delegierten gut besucht und war ein organisatorischer Erfolg. Neuaufnahmen aus Serbien, Österreich, Schottland und Kroatien sowie das politische Dokument wurden mit großen Mehrheiten beschlossen.

Auch in der Internationalen Kommission sind alle Weichen auf Wahlprogrammerarbeitung gestellt. Vorbereitende Fachgespräche werden geführt, Gespräche zu den Themen Klima und Energie, europäische Institutionen, Demokratisierung der Europäischen Union und weitere finden und finden derzeit statt. Der Bundesausschuss wird durch die angesetzten Videokonferenzen zu europäischen Themen in die Erarbeitung eingebunden. Auch organisatorisch ist die Arbeit des Bundeswahlkampfleiters und dem Bundeswahlbüro zur Vorbereitung des Europawahlkampfes aufgenommen worden.

Am zweiten Beratungstag begrüßte der Bundesausschuss MdB Thomas Lutze, der aus gesundheitlichen Gründen am Samstag nicht teilnehmen konnte und deshalb den Bericht aus der Bundestagsfraktion am Sonntag nachholte. Die Fraktion stellt in der aktuellen Zusammensetzung im Bundestag mit fünf Prozent die kleinste Fraktion, was sie vor organisatorische Herausforderungen stellt. So hat die Anzahl der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen ihren Tiefstand in der Geschichte unserer Partei erreicht. Dennoch arbeiten alle mit Hochtouren an den für uns wichtigsten Themen und die Öffentlichkeitsarbeit schafft es trotz der Größe der Fraktion unsere Themen pressewirksam aufzubereiten.

Im weiteren Verlauf standen die vom Parteitag überwiesenen Anträge an den Bundesausschuss auf der Tagesordnung. Die Anträge » P.12 Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundesarbeitsgruppen« und »P.09 Start einer Kampagne „Inklusion - geht mich nichts an!“« wurden an den Parteivorstand überwiesen. »G.07 Für ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld!« wurde beschlossen.

Ebenfalls zum Ende der Beratung beschlossen wurden der Dringlichkeitsantrag » Zivile Seenotrettung unterstützen, nicht behindern« und ein neuer Sitzungsplan für 2023.

Die nächste Beratung des Bundesausschusses findet am 17. und 18. Juni 2023 in Präsenz in Berlin statt.

6. März 2023

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg